

man die längere Ausbildung berücksichtigt — nicht nennenswert mehr (mitunter sogar weniger) als qualifizierte spezialisierte im Leistungslohn tätige Arbeitnehmer oder mittlere Führungskräfte. Die Zahl der freiberuflich tätigen Akademiker ist sehr gering, die meisten sind Angestellte. Nur noch in geringem Maße werden Einzelverträge mit Spitzengehältern und Sondervergünstigungen mit Angehörigen der Intelligenz abgeschlossen. In der Ära Hon-ecker gilt nicht mehr wie bei Ulbricht die Wissenschaft als „eine Hauptproduktivkraft“.

Eine *allgemeine* Verschärfung der kommunistischen Religions- und Kirchenpolitik ist dagegen bisher nicht zu verzeichnen. Die SED-Führung geht davon aus, daß unter den Bedingungen des sich ausweitenden atheistischen Staates der Einfluß der schon an den Rand abgedrängten Kirchen nicht mehr mit großen Kampagnen, sondern nur noch mit stetiger dosierter „positiver“ weltanschaulicher Propaganda, also auf kaltem Wege reduziert werden könne.

Taktische Gegensätze

Gegenwärtig muß man davon ausgehen, daß es im SED-Politbüro, insbesondere in der Frage der Gestaltung der Deutschlandpolitik Meinungsunterschiede darüber gibt, ob und wie weit man sich gegenüber der BRD bei der Gestaltung des *Grundvertrages* konzessionsbereit verhalten soll. Die selbstbewußten harten Kräfte in der SED halten entweder einen Grundvertrag für gänzlich überflüssig (z. B. Rede von Außenminister Otto Winzer am 23. Juni 1972 in der Parteihochschule Karl Marx) bzw. meinen, daß es damit keine Eile habe, weil die Zeit allein für die DDR arbeite und man ihn nur dann abzuschließen brau-

che, wenn die eigenen Forderungen (keine Erwähnung der Viermächte-Verantwortung, vollwertige völkerrechtliche Beziehungen etc.) durchgesetzt sind. Ob die DDR mit geringer Verzögerung in die UN aufgenommen wird, erscheint ihnen gleichgültig.

Andere Kräfte scheinen aber davon auszugehen, daß ein nochmaliges Einlenken auf vertretbare Kompromißformeln sich langfristig — ungeachtet momentan gegebener Aufweichungsverfahren — doch besser auszahlt. Demonstrierter guter Wille wird als gutes Aushängeschild und positiver Faktor für die DDR-Auslandswerbung angesehen. Diese Kräfte sind bereit, durch begrenztes Einlenken eventuell zu einem Wahlsieg der Bonner Regierungskoalition beizutragen, um die Kontinuität bundesdeutscher Ostpolitik zu sichern und so zu gewährleisten, daß der Status quo auch in Zukunft nicht mehr in Frage gestellt wird.

Maßgebend wird sein, wie sich die Sowjetführung verhält. Die Sowjetunion dürfte aber, ungeachtet der gegebenen Risiken der deutschen Ostpolitik, für den eigenen Machtbereich dazu neigen, die deutsche Frage durch einen Generalvertrag bei Wahrung ihrer Rechtsposition als eine der Siegermächte halbwegs zu lösen und damit vom Tisch zu haben. Unter Gesichtspunkten der Entspannung zwischen den Großmächten (Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion) drängt sich diese Variante auf. Im übrigen würde ein Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR zur Festigung des Status quo beitragen, und eine Europäische Sicherheitskonferenz könnte in ihrem Ergebnis durch eine multilaterale Anerkennung der gegebenen Grenzen in Europa Elemente eines Friedensvertragsersatzes haben.

Der Zeitbericht

Michael Traber

Elite oder Führungsersatz?

Zur Rolle des Militärs in Schwarz-Afrika

In Afrika sind Armeeputsch an der Tagesordnung. Sie begannen im Juli 1952 mit dem Sturz der Monarchie in Ägypten und haben sich seither wie eine ansteckende Krankheit im unabhängigen Afrika verbreitet. Seit Nasers Coup in Kairo haben 19 „erfolgreiche“ Staatsputsche stattgefunden, mehrere sind vereitelt worden. 18 der 40 Regierungen im unabhängigen Afrika kamen durch Militärputsche zur Macht und werden (mit Ausnahme von Ägypten und Sierra Leone) weiterhin durch Militärführer geleitet. (Für die Liste der in Afrika stattgefundenen Staatsstürche vgl. HK, März 1971, 140.) Das bedeutet, daß ca. 155 Millionen Menschen in 16 Ländern des unabhängigen Afrika oder 53% der Bevölkerung von Militärdiktaturen regiert werden.

Doch erscheint es nicht sehr sinnvoll, diese Putsch- oder Putschversuche einzeln zu beschreiben oder eine vergleichende Darstellung der Stärke der Armeen Afrikas zu liefern. Ertragreicher ist eine Analyse der *Stellung und Rolle der afrikanischen Armeen in Vergangenheit und Gegen-*

wart im gesamtpolitischen Zusammenhang. Nur wenn die koloniale Vergangenheit der afrikanischen Armeen, ihre gegenwärtige Abhängigkeit von auswärtigen Mächten und ihre Stellung innerhalb des sozialen und politischen Gefüges gesehen wird, kann der Stellenwert der Staatsputsche Afrikas mit einiger Objektivität erfaßt werden.

Militärische Faktoren bei der Entkolonisierung

Die *Entkolonisierung* Afrikas vollzog sich im wesentlichen in zwei Phasen: Die erste erfolgte in den zehn Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und betraf jene Länder, in denen europäische Armeen während des Krieges Schlachten ausgetragen hatten: Libyen (1951), Sudan (1955), Marokko (1956) und Tunesien (1956); Äthiopiens und Ägyptens (seit 1922) Unabhängigkeit wurden bestätigt.

Die zweite Etappe begann mit der Unabhängigkeit der westafrikanischen Staaten Ghana (1957) und Guinea

(1958). Darauf folgten im Jahre 1960 die 14 übrigen französischen Kolonien und der Kongo (Zaire), dessen Weg zur Unabhängigkeit plötzlich von 30 Jahren auf sieben Monate verkürzt worden war. Bis Ende der sechziger Jahre war die formelle Entkolonisierung im wesentlichen abgeschlossen: 1968 gab es 40 unabhängige Staaten in Afrika und sechs Länder, die von weißen Minderheiten (interner Kolonialismus) beherrscht wurden (Südafrika, Namibia, Rhodesien und die portugiesischen Territorien Angola, Mozambique und Guinea-Bissao). In beiden Phasen der Entkolonisierung wurde das Tempo wesentlich von militärischen Faktoren beeinflusst.

In Ghana demonstrierten schon Ende der vierziger Jahre einheimische Soldaten, die aus der Kolonialarmee entlassen worden waren. Ihr Marsch auf das Schloß Christianborg war der auslösende Faktor für den Aufstand vom Februar 1948. In Ostafrika beeinflusste der Mau-Mau-Aufstand wesentlich die Termine der Unabhängigkeit, und in den französischen Kolonien war der entscheidende Faktor der Unabhängigkeitskampf Algeriens. Algerien stellt jedoch den einzigen Fall in der ganzen Entkolonisierung Afrikas dar, in dem die Unabhängigkeit mit Waffengewalt erzwungen wurde.

Wesentlich für die Gewährung der Unabhängigkeit waren ferner *interne Probleme der Kolonialmächte*. Alle europäischen Kolonialmächte verloren im oder nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Großmachtstellung. Großbritannien, durch den Krieg physisch und psychisch erschöpft, wandte sich den Problemen der eigenen Inseln und dem Aufbau seines Wohlfahrtsstaates zu. Frankreich geriet von einer Regierungskrise in die andere; dazu kam seit anfangs der fünfziger Jahre die Belastung durch den Krieg in Indochina. Frankreichs militärische Niederlage in Dien Bien Phu (1954) änderte schließlich nicht nur seine Politik in Asien, sondern auch in Afrika. Auf die 15 000 afrikanischen Soldaten, die am Indochinakrieg teilgenommen hatten, blieb die Entschlossenheit und der Durchhaltewillen der Soldaten General Giaps nicht ohne Wirkung. Vor den Augen der Politiker Frankreichs stand jetzt das Schreckbild einer Wiederholung des Dien-Bien-Phu-Debakels in Afrika; der Gedanke an die entfernte Möglichkeit eines militärischen Befreiungskampfes genügte, um Frankreichs Kurs in Afrika zu ändern.

In Algerien hatte der Kampf bereits begonnen (November 1954). Darüber drohte Frankreich Ende der fünfziger Jahre zu zerbrechen. Es brauchte das volle Prestige und die starke Hand de Gaulles, um Frankreich und seine Armee aus Algerien zurückzuführen. Dem algerischen Befreiungskampf verdankte das frankophone Afrika seine Unabhängigkeit (1960). Algerien blieb jedoch der einzige Fall, in dem eine afrikanische Armee um die Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpfte. Die Kampferfahrungen, die die übrigen Armeen Afrikas hatten, beschränkten sich auf ihr Engagement *für* und nicht *gegen* die Kolonialmacht.

Für Großbritannien spielten die afrikanischen Kolonialarmeen eine viel geringere Rolle als für Frankreich. England hatte die indische Armee als Hauptreserve in Übersee. Erst nach 1939 wurde die Rekrutierung in Afrika wesentlich gesteigert. Ca. 372 000 Afrikaner dienten während des Zweiten Weltkrieges in der britischen Armee (vgl. R. First, *The Barrel of a Gun*, London 1970, 75). Frankreich hingegen benützte seine Afrikaterritorien seit langem als wichtigstes koloniales Reservoir seiner Armee.

Afrikanische Soldaten nahmen im 19. und 20. Jahrhundert an fast allen Kriegen Frankreichs teil — in Europa und in Übersee. Die Hälfte der französischen Truppen, die während des Zweiten Weltkrieges für das „freie Frankreich“ auf seiten der Alliierten kämpften, bestand aus afrikanischen Soldaten.

Die in französischen Diensten stehenden Soldaten wurden französische Bürger und erhielten nach ihrer Rückkehr in die Heimat Stimm- und Wahlrecht. So bestand 1948 58 % der gesamten Wählerschaft in Dahomey aus Soldaten (vgl. R. First, a. a. O., 76).

Die französischen, aber noch mehr die britischen Rekrutierungsoffiziere verlegten ihre Haupttätigkeit auf jene Stämme, die eine „kriegerische Tradition“ besaßen, und/oder bevorzugten Stämme aus dem „Hinterland“. In Togo rekrutierte sich die Armee zu 80 % aus nördlichen Stämmen; in Nigerien wurden ebenfalls die Männer aus gewissen nördlichen Gebieten für die Armee angeworben. In Uganda konzentrierte man sich auf die Stämme im Westnildistrikt, und in Kenia wurden die Minderheitsstämme der Kamba und Kalenjin rekrutiert. Die kolonialen Armeen waren in keiner Weise Instrumente der nationalen Einheit, sondern institutionalisierten in gefährlicher Weise Stammesrivalitäten.

Ein Sonderfall in der militärischen Geschichte Afrikas war der Kongo. Es gehörte zur belgischen Politik, keine Truppen aus dem Mutterland dauernd im Kongo zu stationieren. Das Land sollte mit eigenen Sicherheitskräften befriedet werden. Die Force Publique wurde bereits 1888 gegründet und war meistens etwa 20 000 Mann stark. 1953 betrug die Zahl der Europäer in der kongolesischen Armee lediglich 788 (vgl. R. First, a. a. O., 78). Die Belgier hatten den Grundsatz, daß alle Stämme in der Armee vertreten sein sollten. Für sie war dies eine Vorkehrung gegen mögliche Meutereien. Alle Führungsposten waren jedoch von Belgiern besetzt; zur Zeit der kongolesischen Unabhängigkeit gab es lediglich drei afrikanische Feldwebel. Die Forderung der Soldaten nach einer rapiden Afrikanisierung der Armee war der Anfang der Kongowirren. Geradezu fluchtartig verließen darauf die belgischen Offiziere das Land; daß die Disziplin in der Armee darauf zerbrach, ist nicht zu verwundern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die in ihre Heimat zurückgekehrten ausgedienten Soldaten eine nicht unbedeutende politische Kraft. Nur ein geringer Teil konnte in die Territorialarmeen aufgenommen werden. Die Armeepensionen waren gering; genügend Arbeitsplätze waren nicht vorhanden. Die Versprechungen, die ihre Offiziere während des Krieges gemacht hatten, erwiesen sich als leere Worte. Wohl hatte Frankreich das Prinzip, ein Viertel der freiwerdenden Verwaltungsposten mit ehemaligen Soldaten zu besetzen. Aber das Heer afrikanischer Soldaten, das im Zweiten Weltkrieg gedient hatte (ca. 350 000) und noch 1962 in französischen Diensten stand (ca. 300 000 Mann) (vgl. R. First, a. a. O., 88), war so groß, daß es nach der Rückkehr in die Heimat zwangsläufig ein ernstes Problem bildete. So mußte z. B. Obervolta, eines der ärmsten Länder Afrikas, nach der Umstrukturierung der französischen Armee 150 000 Veteranen aufnehmen, d. h. ein Sechstel der erwachsenen männlichen Bevölkerung des Landes. Die Armee Obervoltas zählte damals (1966) 1500 Mann, für die ein Siebtel des Staatsbudgets verwendet wurde (loc. cit.). Soldaten, die

in die einheimischen Armeen aufgenommen wurden, mußten nicht nur große Soldkürzungen in Kauf nehmen, sondern befanden sich jetzt auch in Armeen, deren Ausrüstung sich in keiner Weise mit der französischen vergleichen ließ. Um dem Problem der heimgekehrten Soldaten zu begegnen, wurde das Militärbudget in den meisten Staaten Westafrikas erhöht und die Armeen vergrößert.

Keine Institution Afrikas hat ihren kolonialen Charakter so treu bewahrt wie die Armeen des unabhängigen Afrika. Sie blieben von den Kolonialmächten abhängig, die sie aufgebaut hatten: die Offiziere wurden an der Königlichen Militärakademie von Sandhurst oder in St-Cyr ausgebildet; die Waffen lieferte das ehemalige Mutterland — schon aus praktischen Gründen, nämlich um den Nachschub an Bestandteilen der Waffen aus früherer Zeit sicherzustellen. Afrikanische Armeen wurden in die Verteidigungskonzepte der westlichen Mächte integriert; Verteidigungsabkommen banden sie an Paris oder (wie im Fall Kenias) an London.

Unpolitische Armeen?

In Afrika wie anderswo sind die Armeen offiziell unpolitisch. Der Mythos der unpolitischen Armee war für die Kolonialmächte eine Lebensfrage. Hätten die damaligen Armeen die Politik, die Politiker und ihre eigene systemerhaltende Funktion in Frage gestellt, wäre das Kolonialsystem einer dauernden und aktiven Bedrohung ausgesetzt gewesen. Soweit jedoch stimmt der Slogan von der unpolitischen Armee: Viele Armeeverbände in Afrika waren und sind z. T. heute noch bedeutend weniger an bestimmte soziale oder politische Gruppen gebunden, als dies in Europa der Fall ist. Ihre Rolle im Machtspiel der Politik ist daher nicht festgelegt; sie können sich leicht neuen politischen Machtverhältnissen anpassen und sich in ein neues Staatssystem eingliedern.

Die Betonung des nichtpolitischen Charakters der Armee hat dazu geführt, daß die Soldaten ihre Autorität klar von der jeweiligen afrikanischen Regierung absetzen. Nicht nur war die Armee von der Regierung verschieden, sondern ihr an Macht auch überlegen. Sie bildet gleichsam einen Staat innerhalb des Staates. Die afrikanischen Armeen sind ja auch älter als die selbständigen Regierungen; sie sehen sich im Auf und Ab der politischen Entwicklung als den eigentlichen stabilisierenden Faktor des Staatswesens.

Afrikanische Armeen fordern daher ein hohes Maß von Autonomie. Sie — und nicht die Politiker — wollen über ihre Organisation, Ausrüstung und Rekrutierung bestimmen. Wenn eine Regierung diese Entscheidungsgewalt der Obersten und Generäle antastet, entsteht eine Konfliktsituation zwischen Staat und Armee, die der Regierung den Kopf kosten kann. Der Anlaß für den Staatsstreich gegen *Nkrumah* war ebenso sehr die Konkurrenzstellung der Privatgarde des Präsidenten gegenüber der Armee wie die Person *Nkrumah* selbst. Ähnliches gilt für den Sturz *Milton Obotes* in Uganda im Januar 1971. *Obotes* „General Service Unit“ hatte sich zu einer Spionage- und Armeearganisation entwickelt, vor der sich kein Offizier der regulären Armee sicher fühlte. In anderen Fällen war es die Kürzung der Militärhilfe aus dem Ausland oder, wie bereits betont, das Tempo der Afrikanisierung oder lediglich eine Frage der persönlichen Ausrüstung der Soldaten. *Im allgemeinen liegt das politische Gewicht der*

afrikanischen Armeen auf der bewahrenden, konservativen und status-quo-erhaltenden Seite des afrikanischen Staatswesens.

Schließlich muß die Armee als eine Art Gewerkschaft angesehen werden. Die Soldforderungen, die Offiziere und Soldaten erheben, werden nicht am Einkommen ihrer Mitbürger gemessen, sondern am Sold ihrer britischen oder französischen Kollegen. Dies gilt vor allem für Offiziere. Ein Bataillonskommandant kann zehn- bis fünfzehnmal soviel verdienen wie ein Soldat. Nachdem in Ostafrika im Jahre 1963 Armeeeinheiten gemeutert hatten, wurde der Sold in Kenia beinahe verdoppelt, in Uganda verdreifacht. Nach jedem Armeeputsch wird der Verteidigungsetat erhöht bzw. der „Standard“ der Streitkräfte gehoben. Am Jahrestag der Übernahme der Regierung Ugandas durch die Armee gab General *Amin* bekannt, daß eine der ersten Aufgaben seiner Regierung die Stärkung der Armee und ihre bessere Ausrüstung sei. „Unsere Soldaten gingen in Fetzen herum, und das war ihres Standes nicht würdig“, erklärte Präsident *Amin* (Uganda Argus, 27. 1. 72). Nach dem Armeecoup in Ghana im Januar 1972 beklagte sich Oberstleutnant *Acheampong*, Ministerpräsident *Busia* habe sogar „die wenigen Annehmlichkeiten und die geringe Bevorzugung, die wir, die Armee, selbst zu *Nkrumahs* Zeiten besaßen, von uns genommen“ (Newsweek, 24. 1. 72).

Wegen der „gewerkschaftlichen“ Forderungen der Soldaten und der ständigen Expansion der Armee verschlingen die Verteidigungsbudgets in den meisten afrikanischen Staaten einen wesentlichen Teil des Staatshaushaltes. Acht der fünfzehn frankophonen Staaten Afrikas gaben 1967/68 für ihre Armeen 15—25 % des Staatshaushaltes aus (vgl. *R. First*, a. a. O., 430). Die Armee Äthiopiens beansprucht zweimal soviel wie das gesamte Schulwesen des Landes und achtundzwanzigmal mehr, als für „community development“ ausgegeben wird (vgl. *R. Greenfield*, Ethiopia, London 1965, 470). Als Präsident *Olympio* sich weigerte, die Armee Togos auszubauen, wurde er 1963 von einer Gruppe von Soldaten, die aus der französischen Armee ausgemustert worden waren, erschossen. *Olympios* „tiefsitzende Verachtung für das Militär“ war einer der vier Punkte, die im „Manifest“ der Putschisten gegen den ersten Präsidenten von Togo angeführt wurden. Kurz darauf wurde die Armee von 250 auf 1200 Mann erhöht. Einer der „taktischen Fehler“ *Busias* war die Ankündigung, die Militärausgaben Ghanas würden um 13 % reduziert (vgl. FAZ, 25. 1. 72).

In scharfem Gegensatz zu den schnellen und ausgeklügelten militärischen Operationen der Putschisten steht die Passivität der Bevölkerung, die dem Coup wie einem Armeemanöver zuschaut. Gewiß ist es vorgekommen, daß, wie in Kongo-Brazzaville, Dahomey und Obervolta, Generalstreiks unpopuläre Regime zu Fall gebracht haben; aber im allgemeinen waren die Gewerkschaften eher geneigt, den Regierungswechsel der Armee zu überlassen. In kaum einem afrikanischen Land gibt es gewerkschaftliche Kräfte, die imstande wären, das Modell der gegenwärtigen Elitepolitik zu ändern. Zu Staatsstreichen kommt es nicht nur, weil Regierungen zu schwach sind, sondern auch, weil es keine gesellschaftlichen Gruppierungen gibt, die die politische Richtung im Land verändern können. Auch die Studenten haben bei den Staatsstreichen, die seit 1960 in den Ländern südlich der Sahara stattgefunden haben, keine große Rolle gespielt, es sei denn, sie schlossen

sich, wie beim Januarputsch 1966 in Obervolta, Unternehmungen an, die von anderen entzweit worden waren. Vier Jahre zuvor war es zwar in den Oberschulen von Conakry zu einer regelrechten Revolte gekommen, die *Sékou Touré* aber ohne allzu große Schwierigkeiten niederwerfen konnte. Dagegen ist keiner der Regierungswechsel in Dahomey, Togo, Ghana, der Zentralafrikanischen Republik, Nigerien, Sierra Leone, den beiden Kongo-Staaten, in Mali oder Uganda auf die Mitwirkung oder Initiative von Studenten zurückzuführen. Es gelang ihnen nicht einmal, den rebellierenden Gruppen oder militärischen Einheiten Hilfe zu leisten (vgl. G. Comte, Internationales Afrikaforum, März 1969, 198).

Intervention außerafrikanischer Mächte

Die Staaten Afrikas sind für die Großmächte von sehr unterschiedlichem Interesse. Das *Ausmaß der Militärhilfe* der Vereinigten Staaten kann in etwa zeigen, an welchen Ländern Großmächte interessiert sind. Äthiopien, das eine strategische Schlüsselstellung in bezug auf Ägypten, das Rote Meer und den Mittleren Osten einnimmt, erhielt in den Jahren 1950–66 nicht weniger als 77% des gesamten Militärhilfeprogramms der USA für Afrika südlich der Sahara. In der äthiopischen Stadt Asmara besitzen die Vereinigten Staaten ein Nachrichtenübermittlungszentrum, das die Präsenz von 1800 Amerikanern notwendig macht. Als Kaiser Haile Selassie I. während des Coup-Versuchs von 1960 in sein Land zurückkehrte, benützte er für die Landung den von der amerikanischen Armee kontrollierten Flugplatz von Asmara.

Ein zweites Land, auf das sich die Augen der Welt richten, ist *Nigerien*. Die Sezession Biafras hat alle Großmächte mobilisiert. Was als interner Konflikt begann, wurde sehr bald eine internationale Auseinandersetzung, in der sich die Sowjetunion und Großbritannien, Frankreich und China, die Vereinigten Staaten und Portugal, Südafrika und Rhodesien gegenüberstanden. Zwar haben die Vereinigten Staaten offiziell im Nigerien-Biafra-Krieg eine neutrale Haltung eingenommen; um so engagierter zeigten sie sich aber nach Kriegsende. Schon sechs Monate nach Kriegsausbruch begann eine amerikanische Firma mit der Planung des Wiederaufbaus Nigeriens; eine amerikanische Stiftung finanzierte auch die „Konferenz für Wiederaufbau und Entwicklung“ vom Jahre 1969.

Ein weiteres Land von weltpolitischem und strategischem Interesse ist *Zaire*. Schon der Sturz Lumumbas (1960) war entscheidend vom Ausland beeinflusst. In den Augen des Westens lag Lumumbas „Vergehen“ in seiner eigenwilligen, nach dem kommunistischen Osten geöffneten Außenpolitik. Nachdem westliche Staaten sein Gesuch um Hilfe für den Transport von Militäreinheiten nach dem sezessionistischen Katanga verweigert hatten, bat er die Sowjetunion, ihm diese zu gewähren. Eine solche Erweiterung der sowjetischen Einflusnahme konnte nur durch die Beseitigung Lumumbas verhindert werden. Das Instrument war der damalige Oberst Mobutu. Vier Tage bevor er gegen Lumumba vorging, erhielt er von den UN fünf Millionen Francs, um den Sold der Armee bezahlen zu können (vgl. R. First, a. a. O., 207). Damit gelangte er zur effektiven Kontrolle der disziplinlosen Armee und wurde zum mächtigsten Mann in Zaire.

Die zweite ausländische Intervention zugunsten Mobutus erfolgte im Oktober 1965, als er während des

Disputs zwischen Präsident Kasavubu und Premierminister Tschombé die Regierung übernahm. Die amerikanische Präsenz in Zaire und die Entscheidung der USA für Mobutu bilden eine wesentliche Stütze seines Regimes. Dabei haben sich die USA und Belgien in Zaire in die Aufgaben geteilt: Die frühere Kolonialmacht stellt die Lehrer und Techniker, die USA liefern Militärhilfe und stellen durch ihre kommerziellen Unternehmungen und humanitären Institutionen Entwicklungskapital bereit. In einer Geschichte der amerikanischen Geheimdienstorganisation CIA wurde festgestellt, daß Mobutu eine „Entdeckung“ des CIA gewesen sei: Amerika habe dem Kongo (Zaire) zur rechten Zeit mit dem rechten Mann geholfen (vgl. R. First, a. a. O., 420).

Großbritanniens Interventionen waren in den politischen Krisen Ghanas und Nigeriens in besonderer Weise sichtbar. Gemeinsam mit den Vereinigten Staaten sorgten die Engländer dafür, daß die verschiedenen Militärregierungen seit dem Sturz Nkrumahs britische Rückendeckung erhielten. In Nigerien war der englische Hochkommissar maßgebend an der Installation des Regimes von General Ironsi beteiligt. Als sich später zeigte, daß die Kluft zwischen Nigerien und Biafra kaum mehr zu überbrücken war, entschloß sich Großbritannien zur aktiven Unterstützung Gowons und seiner Armee. Britische Ölinteressen in der Bucht von Biafra deckten sich mit den Interessen der herrschenden Elite in Lagos.

Zum Horn Afrikas gehört auch Somalia. Die Grenzkonflikte dieses Landes mit Äthiopien und Kenia und das strategische Interesse, das Somalia für die Großmächte hat, haben zu einer Aufrüstung seiner Armee geführt, die 1963 von der Sowjetunion übernommen wurde. Das Stockholmer Institut für Friedensforschung kam zum Schluß, daß die Grenzkriege zwischen Äthiopien und Somalia, die 1968 beendet wurden, direkte Auswirkungen der Rivalität der Großmächte und des von ihnen gesteuerten Wettrüstens waren (vgl. Stockholm International Peace Research Institute [SIPRI], *The Arms Trade with the Third World*, Stockholm/New York 1971, 608).

Am direktesten und häufigsten sind jedoch Frankreichs diplomatisch-militärische Interventionen in Afrika. Die französische Armee-Zeitschrift „*L'Armée*“ gab 1968 bekannt, daß 1400 französische Offiziere in zwölf frankophonen Ländern eingesetzt seien. Dazu kommen 6000 bis 7000 Soldaten der französischen Armee, die in folgenden Ländern stationiert waren: Senegal, Tschad, Niger, Elfenbeinküste, Gabun und Madagaskar (vgl. R. First, a. a. O., 422/23). Elf afrikanische Länder haben mit Frankreich Verteidigungsabkommen abgeschlossen. Die Abkommen stellen fest, daß jeder afrikanische Staat allein für seine äußere und innere Sicherheit verantwortlich sei und Frankreich nur „unter besonderen Umständen“ zu Hilfe gerufen werden dürfe. Die französische Intervention ist ferner zeitlich beschränkt, kann aber, wenn notwendig, wiederholt werden. So steht die 11. Division in Südwestfrankreich in Bereitschaft, um auf Ansuchen eines afrikanischen Staates ihre Aktivität nach Afrika zu verlegen.

Der französische Informationsminister, *Alain Peyrefitte*, gab 1964 bekannt, daß Frankreich zwischen 1960 und 1963 zwölfmal mit seinen Truppen in Afrika eingegriffen habe: mehrmals im Tschad, um „Aufständische zu bekämpfen, dann in Kamerun, in Niger (Dezember 1963), um einem Militäraufstand gegen Präsident Diiori entgegen-

genzuwirken, zweimal in Mauretanien, im September 1962 in Kongo-Brazzaville und 1964 in Gabun (zit. Africa Report, März 1964, 14—15).

1966 hat General de Gaulle afrikanischen Armeeführern in mehreren frankophonen Ländern gedroht, daß bei weiteren Militärcoups die französische Verteidigungshilfe zurückgezogen würde. Trotzdem führt Frankreich seit spätestens 1969 Präsident *Tombalbayes* Krieg gegen „aufständische Stämme“, wofür der Tschad 38 % seines Staatshaushaltes ausgibt (vgl. Neue Zürcher Nachrichten, 25. 1. 72). Wer sich wundert, warum die französische Armee gerade in Tschad so offensichtlich die Entwicklung bestimmen will, muß lediglich die Landkarte betrachten: Das Land ist umgeben von Nigerien und dem Sudan, Niger, Kamerun und der Zentralafrikanischen Republik. Dazu kommt, daß Fort Lamy im militärischen Kommunikationsnetz Frankreichs eine wichtige Rolle spielt.

Frankreich war und ist der Schiedsrichter, der darüber entscheidet, welche Regierung in seinen ehemaligen Kolonien an der Macht bleiben und welche früher oder später abgelöst werden soll. Am engsten sind Frankreichs Verbindungen mit der Elfenbeinküste und mit Senegal. Die persönlichen Freundschaften, die die Präsidenten *Houphouët-Boigny* und *Senghor* mit der politischen und wirtschaftlichen Elite Frankreichs verbinden, sind die besten Garantien, daß französische Interessen auch in diesen beiden Ländern gewahrt würden.

Das Schicksal der ehemaligen französischen Kolonien in den letzten zehn Jahren hat mit besonderer Deutlichkeit gezeigt, daß Entwicklungshilfe, insbesondere Militärhilfe, die mit militärischer Ausbildung gekoppelt ist, die Armeen Afrikas nicht in erster Linie an ihre eigenen Regierungen bindet, sondern an eine ausländische Macht. Die meisten Armeen sind daran interessiert, daß die Militärhilfe nicht abbricht, und bemühen sich daher, die guten Beziehungen mit den Lieferanten aufrechtzuerhalten.

Eine weitere Folge der Militärhilfe an Afrika ist die *unproportionierte Ballung von Macht in den Armeen, vor allem in kleinen Ländern.* Die meisten Armeen haben keine eigentliche Verteidigungsaufgabe zu erfüllen (eine Ausnahme bildete der Grenzkonflikt zwischen Kenia und Somalia), sondern sie funktionieren lediglich im internen Bereich. Sie sind mächtiger als ihre Regierungen, und durch die Einflußnahme auf die Armee können die Machtverhältnisse in den meisten afrikanischen Ländern vom Ausland am leichtesten tangiert werden.

Die Rolle der Volksrepublik China

Welchen Einfluß hat die Volksrepublik China auf militärischem Gebiet in Schwarzafrika? Diese Frage ist von Bedeutung, weil China in den letzten Jahren zur „dritten Weltmacht“ aufgestiegen ist und weil die „chinesische Offensive“ in Schwarzafrika im Westen wie im Osten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wird. Die folgenden Ausführungen befassen sich nicht mit den Mechanismen der bilateralen Wirtschaftshilfe, sondern ausschließlich mit politisch-militärischen Aspekten der Beeinflussung Afrikas durch China.

Wiederum kann die Militärhilfe als ein Indikator der Einflußnahme der Volksrepublik China auf Afrika betrachtet werden. Im Vergleich mit der Waffen- und Ausbildungshilfe der USA und der Sowjetunion, Frankreichs

und Großbritanniens, ja sogar Israels ist der Einsatz Chinas in Afrika gering. Zudem muß der diplomatisch-militärische Druck Chinas (vor allem bis 1965) im Kontext der sino-sowjetischen Konkurrenz gesehen werden.

Im Jahre 1959 griff die Volksrepublik China mit ihrer Militärhilfe zum erstenmal über den asiatischen Raum hinaus: Sie gewährte der FLN Algeriens Unterstützung durch Waffenlieferungen und militärische Ausbildungsmöglichkeiten. Algerien hatte später für die chinesische Präsenz in Afrika geradezu symbolische Bedeutung. Mit Hilfe des damaligen Staatschefs Ben Bella beteiligten sich die Chinesen intensiv an den Vorbereitungen der afroasiatischen Solidaritätskonferenz, die im Juni 1965 in Algier stattfinden sollte. China wollte mit dieser zweiten Bandung-Konferenz bewußt ein Gegenstück zum Moskauer Treffen von 19 kommunistischen Parteien (März 1965) schaffen. Nach der Amtsenthebung Ben Bellas durch Boumédiène im Juni 1965 wurde die von China vorbereitete Konferenz auf den November vertagt. Die Mehrzahl der Regierungen Afrikas und Asiens weigerte sich jedoch, die Bedingung der Volksrepublik anzunehmen, wonach die Sowjetunion nicht an dieser Konferenz vertreten sein dürfe. Die Algier-Konferenz fand nie statt.

Die frühen Kontakte der Volksrepublik China, die im Zeichen des sino-sowjetischen Konkurrenzkampfes standen, erstreckten sich vor allem auf Mali, Kongo-Brazzaville, Burundi und Sansibar.

Die Republik Mali erhielt von 1961—68 chinesische Militärhilfe, vor allem in Form von Ausbildung. Die Hauptlieferanten für die Ausrüstung der Armee des Landes waren aber die Sowjetunion mit Satelliten und die USA (vgl. SIPRI, a. a. O., 617). Der Militärcoup vom November 1968 brachte eine Wende zugunsten der Sowjetunion. Die Militärhilfe Chinas wurde drastisch reduziert und durch Lieferungen aus der Sowjetunion ersetzt.

In Kongo-Brazzaville traten die Chinesen zum erstenmal im April 1964 in Erscheinung. Eine chinesische Militärmission war für die Ausbildung der Volksmiliz verantwortlich; die Armee wurde mit chinesischen und kubanischen Waffen ausgerüstet. Nach einer Kabinettsumbildung im Jahre 1968 jedoch änderte Brazzaville seinen Kurs zugunsten der Sowjetunion. 1970 hingegen weilte von neuem eine Militärmission Pekings auf Besuch.

Chinas stärkster Brückenkopf in Afrika war der kleine zentralafrikanische Staat Burundi (vgl. *C. M. Naether, Ein Kontinent sucht die Freiheit. Afrika zwischen den Großmächten*, Frankfurt a. M. 1968, 57 f.). Bereits 1963 unterhielt Peking in Bujumbura eine Botschaft, deren Bestand zeitweise 50 Personen betrug. 1964/65 organisierte diese Botschaft die Verteilung von Waffen an Watutsi-Flüchtlinge aus Rwanda und an die Mulele-Rebellen im Kongo (Zaire). Im Januar 1965 wurde das gesamte Botschaftspersonal des Landes verwiesen. Erst 1971 nahm Burundi mit der Volksrepublik China wieder diplomatische Beziehungen auf.

Im Mai 1965 gab der damalige Premierminister Ugandas, *Milton Obote*, bekannt, daß sein Land von China militärische Unterstützung erhalten habe. Im gleichen Jahr „scheute Obote sich jedoch nicht, der Öffentlichkeit die (chinesische) Herkunft von 75 Tonnen Waffen zu entdecken, die einen ostafrikanischen ‚Ho-Chi-Minh-Pfad‘ passierten“ (*C. M. Naether, a. a. O., 73*) und offensichtlich für die Kongo-Rebellen bestimmt waren.

Nach 1965 änderten die Chinesen ihre Prioritäten. Als Folge der „großen Kulturrevolution“ wurden alle Botschafter Chinas in Afrika (mit Ausnahme des Botschafters in Kairo) nach Peking zurückberufen. Die neue Interventionspolitik Pekings konzentrierte sich seither auf die Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika (vgl. P. Enahoro, „China's African Offensive“, *Africa* [London], 1, 3 [August 1971], 45—47). Es ist anzunehmen, daß diese Akzentverschiebung mit dem allgemeinen Umbruch der Kulturrevolution im Zusammenhang steht. Aber von 1968 an intensivierte China seine diplomatischen Beziehungen mit verschiedenen afrikanischen Regierungen, vor allem Mali, Kongo-Brazzaville und Tansania.

Auswirkungen der Militärputsche

Wie ihre kolonialen Vorgänger, verbieten die Offiziere schon am ersten Tag ihrer Machtübernahme allen politischen Parteien jegliche Tätigkeit. Eine neue Politik müsse begonnen werden, erklären die Putschisten, aber diesmal ohne Politiker. „Die Politiker haben unser Land ruiniert“, sagen die Soldaten, „und wir müssen es jetzt wiederaufbauen.“ Bei genauem Hinsehen sind jedoch solche Erklärungen mit politischen Prämissen beladen. Im Ghana-Coup von 1966 z. B. bedeutete die Forderung „Keine Politik“ eine klare politische Stellungnahme, in diesem Fall für die freie Marktwirtschaft und die Elitepolitik. Die Armee entschloß sich also, viele Dinge weiterzuführen, die letztlich zum Sturz Nkrumahs geführt hatten.

In den wenigsten Fällen hat der Armeecoup etwas an der gesellschaftlichen Basis der Staatsmacht geändert. Afrika hat diesbezüglich einen lateinamerikanischen Kurs eingeschlagen, wo sich „seit 1½ Jahrhunderten die traditionelle Rolle des ‚Caudillo‘, des ‚Man on Horseback‘ (entwickelt hat) — also des militärischen Kommandeurs, der sich durch einen Staatsstreich oder Bürgerkrieg zum politischen Führer aufschwingt, ohne damit eine soziale Strukturänderung zu bewirken oder auch nur ernsthaft zu wollen“ (R. F. Behrendt, *Soziale Strategie für Entwicklungsländer. Entwurf einer Entwicklungssoziologie.* Frankfurt a. M. 1968, 233). Das einzig Neue nach einem Staatsputsch durch die Armee ist gewöhnlich die Zusammensetzung der herrschenden Elite, die Heranziehung einiger junger, gut gebildeter Technokraten und in vielen Fällen eine Umverteilung der politischen Macht auf regionaler oder Stammesebene.

In Togo z. B. stammten vier Fünftel der Soldaten aus dem Norden; die Stämme aus dem Süden stellten die Verwaltung und die Regierung. 1963 änderte sich dies vollständig. Eine kleine Gruppe von dienstentlassenen Soldaten ermordete Präsident Olympio und beendete die Herrschaft der Südländer. Als diese 1967 einen administrativen Putsch versuchten, ging die Armee auf die Straße, um ihn zu verhindern. Solange Aussicht besteht, daß das südländische Element durch Wahlen von neuem in einer Zivilregierung dominieren wird, wird die Armee die Macht kaum aus den Händen geben. In Kongo-Brazzaville und in Zaire war die Armee seit der Unabhängigkeit bestrebt, die Staatsführung dem machtvollen Stamm der Bakongo zu entreißen.

Sobald eine Armee damit beginnt, Funktionen auszuüben, für die sie nicht gedrillt wurde, besteht die Gefahr, daß ihre innere Einheit zerfällt. „Die Armeedisziplin ist letzt-

lich darauf ausgerichtet, Siege zu erringen... In der Staatsführung jedoch müssen Konflikte auf subtilere und differenziertere Art gelöst werden“ (A. A. Mazrui, „Pluralism and National Integration“, in: L. Kuper und M. G. Smith [Hrsg.], *Pluralism in Africa.* Berkeley 1969, 343). Somit wird auch die Armee ins Spiel der politischen Kräfte und Intrigen hineingezogen, bzw. beginnt das Spiel, das sie bei den Politikern verurteilt hatte, von neuem.

In den meisten afrikanischen Armeen besteht ein scharfer Generationenkonflikt unter den Offizieren und Rivalität in den unteren Rängen. Kommandanten sind meist jene, die auf der militärischen Stufenleiter langsam aufgestiegen sind und schließlich im Zuge der Afrikanisierung nach der Unabhängigkeit zu Majoren und Obersten befördert wurden. Zu ihnen stießen allmählich Offiziere einer jüngeren Generation, die eine bessere Ausbildung erhalten hatten. Ihre Aussichten auf eine rasche militärische Beförderung sind gering, denn die Kommandantenposten sind von Männern der Vierzigerjahre besetzt. So besteht das Offizierskorps praktisch nur aus zwei Gruppen, einer mittleren Generation, die die Macht besitzt, und einer jungen, die in nächster Zukunft keine Aufstiegschancen hat. Die jungen Offiziere sind daher in besonderem Maße der Frustration ausgesetzt.

Solange eine Armee einig ist, gibt es kaum Mittel, sich ihrer Macht zu entledigen. Wenn aber diese Einheit in die Brüche geht, ist auch ihre Machtposition erschüttert. Sobald sich der Mythos der nichtpolitischen Armee aufgelöst hat, fällt es Offizieren und Soldaten leicht, sich nicht mehr mit den ihnen übergeordneten Offizieren zu identifizieren. Sie suchen neue Verbindungen und Gruppierungen mit Kameraden aus ihrer Generation oder ihrem Stamm oder mit ihresgleichen in Zivilleben und Politik. Je länger eine Armee an der Macht bleibt, um so mehr droht den regierenden Offizieren die Gefahr eines Gegenputsches — vielleicht aus der Reihe der Subalternoffiziere oder der Unteroffiziere, wie z. B. in Nigerien (Juli 1966) und Ghana (Januar 1972).

Militärische Ehre verpflichtet alle Armee-Putschisten, so bald wie möglich und immer wieder zu erklären, daß Offiziere und Soldaten keine politischen Ambitionen besäßen, keine Absicht hätten, an der Macht zu bleiben, und baldmöglichst die Regierungsgewalt in die Hände von Zivilisten zurücklegen würden. So ehrlich diese Worte gemeint sein mögen, sie verlieren im Verlaufe der Monate oder Jahre, in denen die Armee an der Macht bleibt, ihre Überzeugungskraft. In Afrika wie anderswo hat sich gezeigt, daß es für eine Armee viel leichter ist, an die Macht zu kommen, als diese wieder abzugeben. Die Generäle bekommen am Hofzeremoniell eines Staatschefs Geschmack. Die Offiziere finden das Leben in den Ministerien weit interessanter als das in den Kasernen, und die Soldaten genießen den Respekt und die Ehrfurcht, die ihnen die Bevölkerung jetzt zollt.

Fast alle Militärregierungen verstehen ihre Herrschaft „als vorübergehende Notstandsdictatur im altrömischen Sinn, nicht als eine grundsätzliche Abkehr von der Demokratie... (bzw.) als vorübergehendes Mittel der Erziehung zur Demokratie“ (K. H. Pfeffer, *Welt im Umbruch.* Gesellschaftliche und geistige Probleme in den Entwicklungsländern. Gütersloh 1966, 37). Was aber meistens fehlt, sind praktische Maßnahmen zur Förderung der freien politischen Meinungsbildung. Der Offizier Nasser schuf seine eigene Partei; doch können die Verhältnisse

im damaligen Ägypten kaum mit denen im heutigen Schwarzafrika verglichen werden. Präsident Mobutu versucht eine politische Partei auf- und auszubauen, um das politische Vakuum Zaires zu füllen. Entscheidend jedoch ist die Schaffung eines neuen politischen Klimas. Nur wenn die Volksmassen am politischen Prozeß aktiv teilnehmen und darauf hingearbeitet wird, dem Volk eine freie Regierungswahl zu ermöglichen, kann eine neue Runde von Staatsstreich durch Armeegruppierungen vermieden werden. Dabei ginge es aber um nichts Geringeres als um die Schaffung einer neuen Elite, die von der Masse des Volkes nicht getrennt ist, sondern sich ihrem Dienst verpflichtet weiß.

Ähnliches gilt für die Armeen selbst. *Solange sich Offiziere und Soldaten als eine elitäre Kaste fühlen, die auf ihren Standesprivilegien beharren und — nach europäischem Muster — ihre einzige Aufgabe in der militärischen Landesverteidigung sehen, nicht aber im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausbau des Landes, wird es in den afrikanischen Staaten weitere Militärputsche geben, die die wesentlichen Probleme Afrikas ungelöst lassen.* Daß die Armee eine „Volksarmee“ werden und wichtige Entwicklungsaufgaben übernehmen soll, ist in Afrika zwar immer wieder angekündigt, aber kaum je verwirklicht worden.

Richard F. Behrendt faßt die möglichen Maßnahmen, die zu einem Ausbruch aus dem „Teufelskreis der Militärputschs“ führen könnten, in folgenden vier Punkten zusammen:

„a) Förderung des Pluralismus und der Dezentralisierung im öffentlichen Leben: größere Beteiligung von Bürgern aller Schichten an Diskussion und Kontrolle, aber auch Verminderung der entscheidenden Bedeutung der Zentralregierung und der Hauptstadt, die heute einen militärischen Staatsstreich so leicht und erfolgversprechend macht, auch wenn sich nur einige Truppeneinheiten in der Hauptstadt daran beteiligen.

b) Abbau — sowohl quantitativ wie qualitativ, also technisch — der bewaffneten Kräfte anstatt Aufbau, wie bisher, um ihre Überlegenheit über andere potentielle Teilnehmer an der politischen Konkurrenz zu reduzieren und damit die Chancen und die Verführungskraft von Militärputschs zu vermindern.

c) Einsatz der verbleibenden Streitkräfte für Entwicklungsaufgaben, mit möglichst weiter geographischer Streuung über das Staatsgebiet, hauptsächlich in entlegenen und zurückgebliebenen Gebieten, fern vom Regierungssitz.

d) Psychologischer Abbau der Wertschätzung (des ‚image‘) bewaffneter Macht durch die Bevölkerung und ihrer unrealistischen Bewertung als ‚stabilisierende Kräfte‘ durch die USA und andere einflußreiche westliche Länder“ (R. F. Behrendt, a. a. O. 238/39).

Letztlich erfordert Afrika nichts anderes als ein neues Konzept und eine neue Rolle für seine Armeen. Dies kann aber nur verwirklicht werden, wenn ein neuer Führungskader und eine neue Mannschaft herangebildet werden, die nicht der abendländischen Armeetradition verhaftet sind.

Die Militärs und die Kirche

Die meisten der 20 Armeeputschs Afrikas sind anfänglich auch von den Christen und ihren Führern mit Genug-

tuung, in einigen Fällen sogar mit Begeisterung aufgenommen worden. Das letztere gilt z. B. für den ersten Staatsstreich in Ghana, als die Armee den „Erlöser“ Nkrumah seiner Macht enthoben hatte. Auch beim Putsch General Amins in Uganda wurde die neue Ordnung von der Mehrzahl der kirchlichen Führer öffentlich unterstützt; dies ist verständlich, denn die Beziehungen der Kirchen zur Regierung Obote waren gerade gegen Schluß seiner Herrschaft sehr gespannt.

Drei Dinge scheinen bei der Beurteilung von Staatsstreich bei den kirchlichen Führern maßgebend gewesen zu sein:

1. die Tatsache, daß fast alle Armeecoups *unblutig* oder wenigstens mit einem Minimum von Blutvergießen erfolgt sind. Das hat die Kirchenführer zur Annahme veranlaßt, daß Armeecoups beim Einparteien-System (davon waren Nigerien und der Kongo-Zaire ausgenommen) eine normale, wenn nicht legitime Methode der Regierungsänderung darstellen. Blutig und gewalttätig waren freilich die Konflikte in Kongo-Zaire, Nigerien und dem Sudan. Im nigerianischen und im sudanesischen Krieg standen die Kirchen — zwar nicht durch Erklärungen, sondern durch ihre faktische Präsenz — auf der Seite der Minderheiten, die sich zur Wehr setzten. Doch handelte es sich hier um weit mehr als Armeeputschs (vgl. „Tribalismus in Afrika“, HK, September 1972, S. 451 ff.).

2. Die Schwäche der jeweiligen Regierung war so offensichtlich, daß der Armeecoup auch von den Kirchenführern als eine *notwendige Stärkung der staatlichen Zentralgewalt* angesehen wurde. Es ging letztlich um das Überleben eines staatlichen Systems, das in den Augen der kirchlichen Führer eine wesentliche Voraussetzung für das Gemeinwohl darstellte. Im Zusammenhang mit der Affäre Bischof Ndongmos, der im August 1970 von der kamerunesischen Regierung wegen Subversion verhaftet und ein halbes Jahr später zum Tod bzw. zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, erklärte Ndongmos Landsmann, Kardinal J. Zoa: „Jedes Land in Afrika ist im Allerelementarsten bedroht, nämlich in seinem Überleben, in seiner Integrität und in seiner Einheit. Ich denke, daß mir die Solidarität — es ist mehr als Solidarität —, mein afrikanisches Wesen, mein kamerunesisches Wesen auferlegen, das unerläßliche Minimum . . . (einer staatlichen Ordnung) sicherzustellen. Wenn Kamerun nicht existiert, sehe ich nicht, was ich machen könnte: Es wird keine Kirchen in Kamerun geben, es wird nichts geben. Deshalb scheint es mir, daß wir alle als erste Aufgabe haben, dieses elementare Minimum sicherzustellen, dank dessen willkürlich gezogene geographische Grenzen heute etwas bedeuten: ein gemeinsames Bewußtsein, eine Einheit, ein gemeinsamer Wille, eine Konzentration“ (zit. nach Orientierung, 31. 1. 71).

3. Die *Ost-West-Polarisation* spielte bei der Beurteilung der politischen Ereignisse Afrikas auch bei kirchlichen Führern eine nicht unbedeutende Rolle. Die meisten Militärregierungen Afrikas haben wenigstens anfänglich einen pro-westlichen Kurs eingeschlagen, von dem man sich Fortschritt, Ordnung und Kirchenfreiheit erhoffte. Mehr und mehr setzt sich aber die Überzeugung durch, daß das Ost-West-Schema weder in die Wirklichkeit der innenpolitischen Strukturen noch in die der außenpolitischen Bündnissysteme paßt.

Es gab Fälle, wo die regierenden Offiziere bewußt versuchten, die Kirchen zu enger Mitarbeit mit den neuen Regimen zu bewegen. So verkündigte Oberst Acheampong im Januar 1972 in Ghana, daß seiner Regierung ein Beratungsgremium zur Seite stehe, in dem auch die Kirchen mitwirken würden. Dieses Gremium hat sich aber inzwischen als völlig unwirksam erwiesen. Auch General Idi Amin in Uganda schenkte den Kirchen während seines ersten Regierungsjahres ein außerordentliches Maß von Aufmerksamkeit, die er immer wieder mit Geldzuwendungen an religiöse Gemeinschaften und Institutionen bekräftigte — so sehr, daß der Verdacht aufgekommen ist, Amin wolle die kirchlichen Führer „bestechen“.

Die Freundschaft zwischen Kirchen und Militärregierungen hat sich aber als äußerst fragil erwiesen. Sobald der totalitäre Charakter einer Regierung fühlbar wurde, bahnte sich der Konflikt zwischen Kirche und Staat (wieder) an — so in Dahomey, Zaire und mehreren anderen Staaten. Auftakt zur Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirchen war oftmals die Zensurierung, Suspendierung oder das Verbot von christlichen Zeitungen, die dem Regime gegenüber kritisch eingestellt waren.

Die Kirchen Schwarzafrikas haben Wesentliches zur Bildung der Elite beigetragen — auch zur Allgemeinbildung der militärischen Elite, die jetzt an der Macht ist. Man kann sich fragen, wie eine kirchliche Oberschule aussehen müßte, um einen afrikanischen Führungskader heranzubilden, der nicht auf die Sonderinteressen der Elite bzw. des afrikanischen „Bürgertums“ ausgerichtet ist, sondern auf die Solidarisierung mit den Subsistenzbauern, *Frantz Fanons* „Verdamnten dieser Erde“. In keinem Fall ist es dem christlichen Erziehungswesen in Afrika gelungen, in seinen Institutionen wirksame Maßnahmen (z.B. freiwilliger community service, Arbeitsdienst etc.) gegen das

individualistische Strebertum einzubauen. Die europäischen und nordamerikanischen Missionare haben ein „bürgerliches“ Christentum nach Afrika gebracht — mit bürgerlichen Leitbildern von Ordnung, Eigentum und Staat. Die Gebete für die koloniale Obrigkeit wurden auf die neuen Herrscher übertragen, ohne daß man sich die Mühe genommen hätte, die Frage der Obrigkeit neu zu durchdenken. Afrikanische Pfarrer bemühen sich heute genauso um die Förderung des „Mittelstandes“ wie ihre weißen Vorgänger.

Den spezifisch militärischen Fragen, wie Rüstung, militärische Abhängigkeit vom Ausland, Problem eines neuen Konzepts für die Armee, stehen die Kirchen völlig ratlos und unbeteiligt gegenüber. Die Armee ist eine jener gesellschaftlichen Institutionen, die für die Kirchen tabu sind. Mit ihr soll sich die Kirche nicht befassen — es sei denn durch die Ernennung von Armeekaplänen. Diese Einstellung zur Armee dürfte sich aber in Zukunft ändern. Der Ökumenische Rat der Kirchen unternimmt seit Jahren große Anstrengungen, das Problem des Rüstungswettlaufs bzw. der Abrüstung, der Konfliktbewältigung durch nichtmilitärische Mittel sozialetisch in Griff zu bekommen. Die Impulse, die von den Konferenzen der Genfer Zentrale ausgehen, sind gerade in Afrika sehr stark (vgl. Alternativen zum Konflikt — Auf der Suche nach Frieden, Ökumenischer Rat, Genf 1970; Frieden Imperativ unserer Zeit, Sodepax-Bericht, Genf 1970).

Die Kirchen Afrikas sind daran, sich von den herrschenden Schichten im nationalen wie internationalen Bereich bewußt und offiziell zu distanzieren, um sich mehr und mehr mit jenen zu identifizieren, gegen die sich auch die militärische Elite Afrikas abgesetzt hat: die Bauern, deren Los immer schlimmer wird und die von keinem Militärputsch mehr ihre Rettung erwarten.

Themen und Meinungen im Blickpunkt

Franz X. Kaufmann

Zwischen Kirche und Meinungsforschung

Zum Forschungsbericht über die Synodenumfragen

Zur Eröffnung des „Dialogs der deutschen Katholiken über die Themen der Synode“, um „zu einigen zentralen Fragen des christlichen Lebens und des christlichen Dienstes eine saubere Bestandsaufnahme der vorhandenen Meinungen zu kennen“ (Kardinal *Döpfner* am 20. 4. 1970), beschloß die Deutsche Bischofskonferenz eine Fragebogenaktion unter allen Katholiken über 16 Jahren sowie die Durchführung einer Repräsentativbefragung unter 4000 Katholiken durch das Institut für Demoskopie in Allensbach. Endlich wurde etwa zur gleichen Zeit eine Befragung unter den Welt- und Ordenspriestern der Bundesrepublik durchgeführt (vgl. HK, August 1971, 383 und September 1971, 419).

Die Vorbereitung dieser Untersuchungen lag in den Händen einer Unterkommission der vorbereitenden Synodenkommission, der fünf Theologen und drei Laien angehörten. Den Vorsitz dieser Kommission hatte der da-

malige Sekretär der DBK und der Synode, Prälat *K. Forster*, jetzt Professor für Pastoraltheologie an der Universität Augsburg, inne. Er ist auch heute noch Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Auswertungen der Umfrage. Da kein Kommissionsmitglied auf dem Gebiet der empirischen Sozialforschung Erfahrungen mitbrachte, war die Kommission in allen technischen Fragen auf den Rat des Instituts für Demoskopie angewiesen — und von ihm abhängig.

Nachdem das Institut für Demoskopie bereits im Januar 1971 einen ersten Berichtsband über die allgemeine schriftliche Umfrage zur gemeinsamen Synode der Bistümer in der BRD vorgelegt hatte, dessen Ergebnisse in mehreren Folgen in den amtlichen Mitteilungen der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland kommentarlos veröffentlicht wurden¹, ist nunmehr vor kurzem ein erster kommentierter For-